

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930**

4.10.1930 (No. 231)

Expedition:
Karlsruher
Str. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 8515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsangehörigen
Chefredakteur
G. H. M. u. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einchl. Zustellgebühr. - Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. - Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Element Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden und werden in Berechnung mit dem Mindestsatz des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Verbreitung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. - Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Arbeitslosigkeit, Betriebsänderung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inferent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. - Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfaden und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 26. auf Monatsfrist erfolgen. - Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralbesetzungsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Das Urteil im Leipziger Reichswehrprozess

1 1/2 Jahre Festungshaft für jeden Angeklagten
WZB. Leipzig, 4. Okt. (Tel.) Im Hochverratsprozess gegen die Ulmer Reichswehroffiziere verurteilte der Vorsitzende, Reichsgerichtsrat Dr. Baumgarten, folgendes Urteil:

Die Angeklagten werden wegen gemeinschaftlicher Vorbereitung eines hochverräterischen Untervernehmens nach § 86 Strafgesetzbuch je zu einer Festungshaft von einem Jahr und sechs Monaten kostenpflichtig verurteilt. Auf die erkannte Strafe werden je sechs Monate drei Wochen der Untersuchungshaft angerechnet. Scheringer wird von der in der Hauptverhandlung erhobenen Anklage, durch Veröffentlichung eines Zeitungsartikels ein Vergehen gegen § 92 des Militärstrafgesetzbuches begangen zu haben, freigesprochen. Gegen Scheringer und Lubin wird auf Dienstentlassung erkannt.

Der Vorsitzende führte zur Begründung des Urteils

a. a. aus:
Der Senat hat folgenden Sachverhalt für erwiesen erachtet: Die Angeklagten Scheringer und Lubin waren unzufrieden mit gewissen Verhältnissen in der Reichswehr. Insbesondere meinten sie, daß die Entwicklung im Heere wie im Volk zu sehr nach links gehe, daß das Heer zu weit von oben geleitet werde. Anstatt nun den vorgeschriebenen Dienstweg zu beschreiten, fuhren die beiden Angeklagten nach München, traten mit drei Herren der Zentralkommission der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei in Verbindung und trugen ihre Äußerungen vor. Diese Reise nach München war einmal eine Informationsreise für sie selbst über die Zwecke und Ziele der NSDAP, zweites sind sie aber auch dahin, die Münchener Herren über die Mißstimmung der Angeklagten und gleichgesinnter Kameraden zu unterrichten. Nach Scheringers Angaben wurde in München u. a. darüber gesprochen, daß bei inneren Unruhen von kommunistischer Seite eine Zusammenarbeit mit der Reichswehr und den nationalen Verbänden unbedingt erforderlich sei. Er fragte, wie die Partei zur Verfassung stehe, und erhielt als Antwort: Sie stehe auf dem Boden der Verfassung. Politische Kämpfe würden auf legalen Wege geführt. Nach Lubins Angaben erklärten sich die beiden Angeklagten bereit, eine Verbindung zwischen Reichswehr und jener Partei herbeizuführen und zu versuchen, was in diesem Sinne auszurichten sei. Obgleich beiden Angeklagten in München gesagt worden war, daß sie mit keinem gewaltsamen Vorgehen der Partei rechnen könnten, und obgleich sie keine Aufgabe erhielten, erklärten sie sich doch bereit, zu tun, was sie im Heere im nationalen Sinne ausrichten könnten, und später mitzuteilen, was sie ausgerichtet hätten. Darüber wurden in München zwar keine Bindungen erzielt, es wurde aber auch nichts ausdrücklich abgelehnt.

Nach ihrer Rückkehr nach Ulm teilten die Angeklagten ihre Münchener Erlebnisse dem Angeklagten Wendt mit, der sich zustimmend äußerte. Sie fahnen den Entschluß, mit anderen Kameraden die Verbindung aufzunehmen, von denen sie glaubten, daß sie für ihre Pläne zu gewinnen seien. Lubin hatte in der Voruntersuchung gesagt: Wir hatten uns das Ziel gesetzt, zunächst in mehreren zentral gelegenen Orten Deutschlands Offiziere zu gewinnen, die sich bereit erklären, die Verbindung mit gleichgesinnten Kameraden aufzunehmen. Gleichzeitig wollten wir die Herren bitten, die Stimmung in den Kameradenkreisen und bei den Vorgesetzten zu erkundigen. Diese Gespräche können nach Überzeugung des Gerichtshofes nicht harmloser Natur gewesen sein. Das geht einmal aus den Befundungen des Oberleutnants Geißert hervor, sodann und namentlich aber aus der Zusammenkunft, die Lubin mit seinem ehemaligen Lehrer, dem Hauptmann Geißert, hatte. In dieser Zusammenkunft wurde die Frage erörtert, was zu tun sei, falls die Reichswehr gegen rechts eingestrichelt werden solle. Hauptmann Geißert antwortete ihm, wenn es Befehle sind, muß ich schweigen. Geißert hat Lubin dann noch einen warnenden Brief geschrieben. Lubin hat dann endlich im Juni 1929 seinem Obersten Beck seine Sorgen mitgeteilt. Dieser hat ihn jedenfalls gewarnt.

Der Senat ist keineswegs der Ansicht, daß die Angeklagten und die als Zeugen vernommenen Offiziere etwa unter ihrem Eid die Unwahrheit gesagt hätten. Aber wer etwas von der Psychologie der Zeugenaussagen versteht, der weiß, daß die Zeugen oft ungenau und unbewußt gewissen Einflüssen unterliegen. Die Abweichungen in den Aussagen erklären sich aus der veränderten psychologischen Situation, unter der die Angeklagten und die Zeugen in den verschiedenen Stadien des Verfahrens ausgesagt haben. Auch hat sich die Vernehmung Geißerts und sein stürmischer Empfang auf dem Reichsgerichtshof, dessen Wogen bis in den Gerichtssaal hineingedrungen seien, fast auf alle Beteiligten eingewirkt. Der Untersuchungsrichter habe die Aufgabe gehabt, objektive Wahrheit zu erforschen, wobei die Angeklagten und Zeugen nicht immer mit Glacéhandschuhen angefaßt werden könnten.

Zumultigkeiten vor dem Reichsgericht

WZB. Leipzig, 4. Okt. (Tel.) Bei der Verurteilung des Urteils gegen die Ulmer Reichswehroffiziere kam es zu stürmischen Szenen. Im Gerichtssaal selbst brach eine im Zuschauerraum anwesende Dame in Protestrufe aus, die in eine Art hysterischen Schreikampf übergingen. Sie wurde, immer noch laut schreiend, aus dem Saal geführt.

Vor dem Gebäude hatten sich große Massen von Vorkämpfern eingefunden, deren in Art eines Sprechchors lautmächtig ausgeführte Protestrufe auch im Saal stark vernehmbar waren, so daß die Verlesung der Urteilsbegründung da-

Letzte Nachrichten

Kabinettsitzung über die Genfer Verhandlungen

WZB. Berlin, 4. Okt. (Priv.-Tel.) Das Reichskabinett ist heute vormittag zusammengetreten, um den Bericht des Reichsministers Dr. Curtius über die Genfer Verhandlungen entgegenzunehmen.

Schlußsitzung der Völkerbundsversammlung

WZB. Genf, 4. Okt. (Tel.) Die 11. Tagung der Völkerbundsversammlung ist heute mittag, kurz nach 12 Uhr, geschlossen worden.

Moratoriumsantrag nicht beabsichtigt

WZB. Berlin, 4. Okt. (Priv.-Tel.) In einer Unterhaltung mit dem Berliner Vertreter der ausländischen Presse wurde, dem „Vorwärts“ zufolge, Reichsfinanzminister Dietrich u. a. gefragt, ob es richtig sei, daß die Reichsregierung ein Moratorium für die Zahlungen aus dem Youngplan anzugehen beabsichtige. - Dietrich autorisierte die ausländischen Journalisten ausdrücklich, zu erklären, daß er selbst nie daran gedacht habe, die Frage des Moratoriums anzuschneiden. Dr. Schacht habe zwar vor seiner Reise nach Amerika eine Unterredung mit ihm gehabt, bei der auch diese Frage gestreift wurde, aber im Reichskabinett sei offiziell von einem Moratorium nicht die Rede gewesen.

Schurmans Vertrauen zu Deutschland

WZB. Jhata (New York), 4. Okt. Der frühere Botschafter in Berlin, Dr. Schurman, nahm hier Gelegenheit, sich über die gegenwärtige politische Lage in Deutschland auszusprechen. Er erklärte dabei, obwohl die Arbeitslosigkeit und die allgemeine wirtschaftliche Depression in Deutschland die Probleme ungewisselhaft komplizierten, habe Deutschland doch schon größere Schwierigkeiten als die jetzigen überstanden. Er habe durchaus das Vertrauen, daß das deutsche Volk jetzt keine Anstrengung scheuen würde, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, und von Verträgen nicht ohne Zustimmung sämtlicher Vertragspartner zurücktreten werde.

Ein nationalsozialistisches Volksbegehren auf Auflösung des preussischen Landtags

WZB. Berlin, 4. Okt. (Priv.-Tel.) In einer nationalsozialistischen Versammlung sprach Dr. Goebbels. Er betonte, die Nationalsozialisten wollten sich nicht weiter als Minderheit betrachten lassen. Sie sind heute nicht nur die zweitstärkste Partei, sondern vielleicht die stärkste Partei in Deutschland, denn bei einer jetzt stattfindenden Wahl würden sie mindestens mit 150 Mann in den Reichstag einziehen. Wir machen weiter Opposition.

Dr. Goebbels wandte sich dann der Lage in Preußen zu. Auch in Preußen sind Volksbegehren möglich. Um ein solches durchzuführen, brauchen wir 4,8 Millionen. Wir werden in den nächsten Tagen ein Volksbegehren freigeben lassen, das die sofortige Auflösung des Landtages verlangt, und wir werden es bestimmt durchbringen, denn bereits bei den Reichstagswahlen entschieden sich 4,1 Millionen für uns in Preußen. Dann könnten am 10. Dezember Neuwahlen stattfinden. Danach werden wir das preussische Innenministerium und den Posten des Berliner Polizeipräsidenten besetzen. Von Preußen aus ist der Verfall des Reiches unter Erzinspekt und Braun und Genossen vor sich gegangen, und von Preußen aus wird das Dritte Reich unter Führung von Adolf Hitler und Goebbels wieder emporsteigen.

Die französischen Radikalen und die Regierung Lardieu

WZB. Paris, 4. Okt. (Tel.) Der Abg. Gautemps, der auf dem nächsten Woche zusammengetretenen radikalen Parteitag in Grenoble als Berichterstatter für politische Fragen fungieren wird, hat seinen Bericht bereits fertiggestellt. Dem Parteitag wird darin folgende abschließende Stellungnahme empfohlen:

Die Radikale Partei weist weiterhin jedes Bündnis mit der Herikalen und konservativen Rechten zurück und ist entschlossen, ihre Opposition gegen jede Regierung aufrechtzuerhalten, die sich auf diese Kreise stützt. Sie ist dagegen bereit, ihren Traditionen entsprechend, nötigenfalls die Verantwortung für die Regierung zu übernehmen und zu versuchen, die Einigung aller aufrichtigen, laizistisch und pazifistisch gesinnten Republikaner zu verwirklichen, um ein demokratisches Programm durchzuführen, das vor allem die Weiterführung einer Politik der Annäherung zwischen den Völkern unter Berücksichtigung der nationalen Sicherheit zum Gegenstand hat.

Dr. Curtius traf am Freitag mit einem Teil der deutschen Delegation in Berlin ein. Im Laufe des Nachmittags legte er einen Antrag am Grabe Dr. Stresemanns nieder.

Die Besetzung des Prinzen Leopold von Bayern fand am Freitag unter großer Beteiligung aller Bevölkerungskreise in der St. Michael-Kirche in München statt. Der Reichspräsident wurde beim Verlassen der Kirche von der Menschenmenge mit stürmischen Hochrufen begrüßt.

durch erheblich gestört wurde. Schließlich nahmen die Kundgebungen vor dem Gebäude einen solchen Umfang an, daß bezügelte Polizei eingreifen und die Menge in die Seitenstraßen abdrängen mußte.

\* Zur politischen Lage

Politik der Revisionen

Wir Deutschen sind politisch ein merkwürdig Volk. Wenn jahrelang in großen Ländern die Zeitungen, welche die höchste Auflage haben, gegen Deutschland hetzen und damit die Stimmung der ganzen Welt gegen uns vergiften, haben wir in einem bis zum blinden Optimismus gesteigerten Rausch nationalistischer Färbung grade noch ein Achselzucken dafür übrig. Wenn dann aber - aus Gründen, die uns zunächst ganz gleichgültig sein können - ein völliger Umschwung in der Haltung dieser ausländischen Presse eintritt und sie einen großen Werbefeldzug für Deutschland in Szene setzt, dann freuen wir uns nicht etwa darüber, sondern lehnen das Ganze als nichtiges Geschwätz ab, nur, weil die Gefahr besteht könnte, daß diese Pressekampagne eines Lord Rothermere und eines Hearst unsern Rechtsparteien zugute kommen könnte.

Wer wirklich deutsche Außenpolitik treiben will, der kann die Tatsache, daß jetzt auf einmal die beiden größten Zeitungsmagnaten des angelsächsischen Auslands mit der ganzen Macht ihrer Millionenauflagen Deutschland Gerechtigkeit widerfahren lassen und die Staatsmänner der Welt an die Notwendigkeit einer Revision des Unrechts von Versailles erinnern, doch nur mit der größten Genugtuung registrieren. Das Gerede über den mangelnden Einfluß eines Lord Rothermere und Hearst ist doch nur eine Ausflucht. Denn war diese Presse in den Jahrzehnten vor dem Kriege stark genug, Deutschland zu schaden, so ist sie sicherlich jetzt auch stark genug, Deutschland zu nützen.

Wir werden auf die Auslassungen Lord Rothermeres im einzelnen noch später zurückkommen haben. Sie gipfeln in der Forderung nach einer unmittelbaren Aussprache der beteiligten Staaten über die Notwendigkeit einer Revision. Vom Völkerbund erhofft sich Lord Rothermere nichts. Er spricht von dem „Schwindel von Genf“ und von der „zynischen Gleichgültigkeit, mit der man in Genf die Leiden der nationalen Minderheiten behandelt“, von der Tatsache, daß auf den Völkerbund kein Verlaß ist, wenn es darum geht, die internationalen Ungerechtigkeiten aus der Welt zu schaffen, die heute Europa gefährden. Das ist allerdings ein vernichtendes Urteil über Genf.

Wir möchten uns dieses Urteil in dieser Formulierung nicht zu eigen machen. Aber wir müssen gestehen, daß die ganzen letzten Tagungen des Völkerbunds einschließlich der jetzigen, wahrlich geeignet sind, zu herbster Kritik herauszufordern. Erreicht worden ist nichts. Nichts in der Abrüstungsfrage, nichts Wesentliches in der Minderheitenfrage, nichts in der Frage der Revision der Friedensverträge. Gewiß, man hat in der Frage der Minderheiten eine hübsche Resolution gefaßt, die sich auf dem Papier gar nicht schlecht ausnimmt, und man hat die litauische Regierung dazu bewogen, wieder einmal von neuem durch ein Versprechen die Freiheit der Wahl im Memelland zuzufügen. Aber man weiß zur Genüge, wie wenig das alles zu bedeuten hat. Beinahe täglich überfliegen polnische Militärflieger deutsches Gebiet, jeden Augenblick ist mit neuen Verjungen des Terrors in Memel zu rechnen, und in der Tschechoslowakei erleben wir Deutschenverfolgungen übelster Art. Danzigs Existenz wird langsam aber sicher durch Polen untergraben, und in Dugenden von kleinen Handlungen bekundet sich eine höhnische Respektlosigkeit Deutschland gegenüber, die es allerdings erklärt, daß das Nationalgefühl bei uns in Deutschland gereizt ist. Nicht einmal die Republik Andorra würde sich Ungezogenheiten gefallen lassen, wie wir sie ruhig einstecken müssen.

Und was die Abrüstungsfrage anlangt, so erklären Herr Lardieu und Herr Briand übereinstimmend, daß es für Frankreich nur die eine Reihenfolge geben könne: „erst Sicherheit, dann Schiedsgerichtsbarkeit, dann Abrüstung“. In klarem Deutsch überseht, heißt das, daß Frankreich niemals abrüsten wird, es sei denn, daß alle Mächte das berüchtigte Genfer Protokoll unterschreiben, also die Friedensverträge als in alle Ewigkeit unabänderliche Dokumente anerkennen.

Nur zu gerne operiert man jetzt in Frankreich mit dem Vorwand der letzten deutschen Wahlen und tut so, als ob der Ausfall dieser Wahlen die beste Begründung und Rechtfertigung der französischen Politik sei. Auch Briand stellt sich in den Dienst dieser Auffassungen. Und dennoch scheint ihm das nicht mehr nützen zu sollen, da, wie be-

haupte wird, sein Sturz in Frankreich bereits beschlossene Sache sei. Überall aber in der ganzen Welt, wo noch ein Funke von Einsicht und Vernunft glimmt, ist man überzeugt davon, daß die Dinge genau umgekehrt liegen, daß es gerade die französische Politik mit ihrer starren Unbelehrbarkeit ist, welche den Ausgang der Wahl in Deutschland mit verschuldet hat. Diesen Standpunkt hat auch der Sprecher unserer Delegation in Genf in seinem Redeuell mit Briand vertreten.

Die Politik der Revisionen wird bestimmt nicht aufgehalten werden können. Ganz gleich, ob sich, wie neuerdings hier und da angenommen wird, Frankreich aus Furcht vor Deutschland mit Italien verständigt oder nicht, Revision des Friedensvertrags im bezug auf den Osten, Revision der Entwaffnungsbestimmungen des Friedensvertrags für den Fall, daß die fest versprochene allgemeine Abrüstung nicht kommt, Revision des Youngplans: das alles sind Dinge, die einmal kommen müssen. Darüber sind sich wohl alle Politiker in Deutschland im klaren. Nur über das Tempo und über die Taktik bestehen gewichtige Meinungsdivergenzen. Sicherlich ist die Auffassung des Reichskabinetts die richtige, daß man die Frage der Revisionen nicht übers Knie brechen könne, daß man ihre Erledigung mit Besonnenheit und Geschick vorzubereiten habe, und daß zumal an die Möglichkeit einer sofortigen Revision des Youngplans gar nicht zu denken sei. Und wir meinen, daß es nicht ausgeschlossen sein sollte, sich über die Tatsache der Richtigkeit dieser Politik auf breiter Basis zu verständigen. Das schließt jede aktive Revisionspolitik Deutschlands ja nicht aus. Im Gegenteil! Je nachhaltiger und einmütiger unser Volk in allen seinen Parteien und Schichten die Beseitigung alten Unrechts fordert, um so größer ist die Aussicht auf Erfüllung dieser Forderung.

#### Die Revisionspolitik im Innern

Gand in Gand mit der außenpolitischen Revisionspolitik wird die Revisionspolitik im Innern gehen müssen. Der „Badische Beobachter“ druckt heute unter der Überschrift „Das neue Gesicht Deutschlands“ einen Artikel des faschistischen „Popolo d'Italia“ ab und kennzeichnet die Äußerungen des Blattes als bemerkenswert. In diesem Artikel wird gleichfalls die unverföhliche Haltung Frankreichs und seine Verteidigung der Verträge scharf gemißbilligt, und als eine der Hauptursachen des deutschen Wahlergebnisses bezeichnet. Dann aber heißt es, daß „das Anschwellen der nationalsozialistischen Welle uns außerdem die ungeklärte Auflehnung der jüngeren Generation gegen den alten regierungsunfähigen demokratisch-sozialistischen Parlamentarismus. Die schwere Wirtschaftskrise, die entsetzliche Zunahme der Arbeitslosigkeit, die furchtbare Verblutung des Staates durch die sozialistischen Versicherungen seien die Hauptursachen der inneren Unzufriedenheit, welche der gesunde und lebensfähige Teil der Nation zu überwinden verspricht. Die Nachkriegserfahrungen hätten sowohl in Deutschland wie in Italien und in den anderen Ländern zur Genüge gezeigt, daß der Sozialismus die Staatskasse auslaugt, und zu einer Bedrohung des Lebens der Nationen werde. Die Rettung findet man nur im Antisozialismus, d. h. in der Abkehr vom Parasitismus.“ (Die Sperrungen stammen vom „Badischen Beobachter“.)

#### Der Beschluß der Sozialdemokraten

Der Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist in sehr maßvollem Ton gehalten. Wenn er auch die Aufhebung gewisser Bestimmungen der bereits erlassenen Notverordnungen fordert, enthält er doch keinen Satz, der als eine direkte Erschwerung der Situation des Kabinetts gedeutet werden könnte. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hält die Sicherung der parlamentarischen Grundlagen und die Erhaltung der Demokratie für ihre oberste Aufgabe. Es ist also damit zu rechnen, daß sie in Konsequenz dieser Einstellung das Kabinett Dr. Brüning weiter arbeiten lassen wird. Praktisch würde das heißen, daß die Sozialdemokratie Mißtrauensvoten ablehnen hilft, den Überbrückungskredit, der ja aus bürgerpolitischen Gründen die offizielle Zustimmung des Parlaments haben sollte, in einer der ersten Sitzungen des Reichstags mitbewilligt und dann im richtigen Moment für die Selbstvertagung des Reichstages stimmt. Allerdings handelt es sich hier einstweilen nur um Hoffnungen. Der Beschluß der Fraktion ist sicherlich gegen eine Minderheit gefaßt worden, deren Stärke man noch nicht kennt. Überprüfungen sind also nicht ausgeschlossen.

#### Karlsruher Ausstellungen

##### Ausstellung Hans von Volkman

J. Büchle, Kaiserstraße 132, stellt Ölgemälde, Aquarelle und Graphit des bekannten Karlsruher Künstlers Hans von Volkman aus. Er ist besonders durch seine Graphit bekannt, und es ist immer wieder ein Genuß, diese sorgfältigen, sauberen Zeichnungen zu betrachten. Wir erwähnen nur das kleine Bildchen „Der Wasenberg“. Man kennt die Arbeiten, die als Motiv den Schwarzwald haben und mit ganz wenig Gegenständlichem, einem Bauern, einem hügeligen Gelände die typische Stimmung einer Landschaft geben, sehr ruhig und zurückhaltend, aber eindringlich.

In der Ausstellung wird auch eine ganze Anzahl Ölgemälde gezeigt, die der Maler zu seinen Lebzeiten der Öffentlichkeit vorenthalten hat. Es sind gute, sehr fleißig gearbeitete Sachen darunter. Doch liegt die größere Stärke dieses Künstlers ganz entschieden in der Graphit. Besonders fielen uns noch zwei Aquarelle auf: „Landschaft an der Riviera“ und „Gartenpforte in San Michele“.

Benachrichtigender Rücktritt des Geheimrats Bier. Der bekannte Chirurg Geheimrat Prof. Dr. August Bier wird, wie die Blätter melden, am 1. April 1931 von der Leitung der Berliner Chirurgischen Universitätsklinik zurücktreten.

#### Am Grabe Stresemanns

##### Enttüllung seines Friedhofdenkmals

Am ersten Todestage Dr. Stresemanns am Freitag fand in Berlin auf dem alten Luisenstädtischen Friedhof eine Feier zur Enttüllung des von Prof. Hugo Lederer entworfenen Denkmals statt. Auf mächtigen grauen Quaderen umrahmt eine schlichte, in Form eines griechischen Architravs gemahrende hohe Wand die geräumige Grabstätte, in deren Mitte ein Sarkophag aus gleichem Material ruht. Nur ein Wort: „Stresemann“, ein einfaches, vergoldetes Buchstaben, hebt sich von dem Denkmal ab, das schöne alte Bäume überragen.

Die Feier, die von Chorgesang des Akademischen Sängerkorps unter Leitung von Mittel umrahmt war, und bei deren Beginn um die 12. Stunde die alte Friedhofsglocke läutete, in deren Klang die Gloden aller umliegenden Kirchen mit ihrem Geläut einfielen, vereinte um das Grab die Familie des Verstorbenen, die Spitzen der Reichs- und Länderbehörden und eine Anzahl geladener Gäste. Reichsminister Dr. Brüning hielt eine Gedächtnisrede. Diese Stunde möge dem Geist des Friedens dienen. Wir verbeugen uns in dieser Stunde vor dem Andenken Stresemanns, dem wir ein treues Andenken immer bewahren. Der Herr Reichspräsident, der Reichskanzler und die Reichsregierung und die Schöpfer dieses Denkmals, widmen in dieser Feierstunde dem Andenken des großen Toten diesen Lorbeer.

Der französische Außenminister Briand hat an Frau Stresemann das folgende Telegramm gerichtet:

„In ehrfurchtsvoller Hochachtung überfende ich Ihnen den Ausdruck meiner bewegten Teilnahme zur schmerzvollen Jahreswende, die heute die Freunde Gustav Stresemanns begehren, um mich dem Gedanken aller dorer anzuschließen, die in tiefer Trauer den unwiederbringlichen Verlust ermaßen, den Europa in dem Manne erlitten hat, den Sie beweinen.“  
Aristide Briand.

#### Ein Hitler-Interview der „Times“

##### Hitler für Realpolitik — Keine blutige Revolution

London, 4. Okt. (Priv.-Tel.) „Times“ veröffentlichte eine Unterredung ihres Münchener Korrespondenten mit Adolf Hitler, der sich über die Haltung seiner Partei gegenüber den Beziehungen Deutschlands mit den auswärtigen Mächten und Großbritannien insbesondere äußerte.

Auf eine Frage, ob ein nationalsozialistischer Außenminister den Versailles Vertrag völlig zurückweisen oder sich damit begnügen würde, eine Revision der politischen Verträge herbeizuführen, antwortete Hitler, daß diese Frage nicht mit einer einfachen Bejahung oder Verneinung zu beantworten sei. Der entscheidende Faktor in unserer Haltung gegenüber den auswärtigen Verpflichtungen, äußerte er u. a., ist nicht, was wir tun wollen, sondern was wir tun können. Ebenso wie es eine unehrliche Handlung ist, wenn ein Kaufmann seinen Namen unter einen Wechsel setzt, von dem er weiß, daß er ihn nicht einlösen kann, so ist es unehrlich von seiten eines Staatsmannes, im Namen seiner Nation ein internationales Abkommen zu unterschreiben, von dem er weiß, daß diese Nation unfähig ist, es zu erfüllen. Sie können überzeugt sein, daß wir nichts übernehmen werden, was wir nicht durchführen können.

Auf den Satz, „Köpfe werden rollen“, bezugnehmend, den er bei seiner Vernehmung im Leipziger Hochverratsprozess gesagt hat, erklärte Hitler: Als ich und meine Waffenkameraden während jener furchtbaren Jahre von 1914 bis 1918 im Schützengraben waren, erkannten wir alle, daß 50 Heads von uns entfernt, im britischen Schützengraben anständige Menschen waren. Trotzdem war es unsere Pflicht, zu kämpfen und jene Männer zu töten. Wenn wir ihnen gegenüber wie Männer handeln konnten, die wir für anständig ansehen, wie muß unsere Haltung gegenüber Deutschen sein, die charakterlos sind und den Ruin ihres Vaterlandes herbeigeführt haben. Es ist schwieriger für England als für jede andere Nation, sich in die Lage hineinzudenken, in der sich Deutschland befindet. Niemals ist England so gemühtigt und so vollkommen überwältigt worden, wie Deutschland im Herbst 1918. Wie würde die Haltung der englischen Patrioten gegen Mitglieder ihrer eigenen Nation sein, die verurteilt haben sollten, ihr Land zu vernichten? — Wir sind, fuhr Hitler fort, nicht auf eine blutige Revolution aus. Wir erobern den Reichstag, und wir haben uns bereits zur zweitstärksten Partei emporgearbeitet. Bei den nächsten Wahlen werden wir zur stärksten Partei des Reichstags werden. Wir werden die politische Macht mit streng rechtlichen Mitteln erobern.

Ich glaube, daß die letzte Spur der Entzweiung zwischen Deutschland und England bald völlig verschwunden sein wird. Es könnte gut sein, daß in einer nicht entfernten Zeit England sich über den Bestand eines starken und wiedererwachenden Deutschlands freuen wird. Die Gefahr steht noch nicht unmittelbar bevor, aber wenn sich eines Tages die bolschewistische Gefahr nach allen Richtungen ausbreitet und die rote Fahne von Wladimiroff bis an den englischen Kanal weht, dann ist es zu spät. Das heutige Deutschland ist zu schwach, um den bolschewistischen Angriffen zu widerstehen, und daher ist unsere Bewegung kein Jingoismus, sondern eine lebenswichtige Notwendigkeit für Deutschland und für Europa. Ich kann nicht sehen, warum gegen unsere Ziele und Methoden von irgendwelchen guten Engländern Einspruch erhoben werden kann.

Verlobung des Königs von Bulgarien. Die italienische Prinzessin Giovanna hat sich mit dem König Boris III. von Bulgarien verlobt.

Eine österreichische Wirtschaftspartei vor der Gründung. Unter Vorsitz des ehemaligen Handelsministers in der zurückgetretenen Regierung, Schäfer, findet heute, Samstag, in Wien eine Besprechung maßgebender Wirtschaftsführer über die Gründung einer Wirtschaftspartei statt, deren Führung Schöber angetragen werden soll.

Neue Zusammenstöße in Schaffhausen. Am Mittwochabend kam es zwischen Polizisten und etwa 60 demonstrierenden Kommunisten in Schaffhausen zu einem Zusammenstoß, bei dem die Polizei mit Gummiknüppeln vorging. Vier Kommunisten wurden verhaftet.

Die Prager Ausschreitungen. Vor dem Prager Straßengericht finden jetzt die Verhandlungen wegen der Demonstrationen in der vorigen Woche statt. Am Freitag wurde in vier Fällen verhandelt. Die Strafen lauten auf 3 bis 5 Monate schweren Kerkers.

Die Sommerzeit in England endet in der Nacht zum Sonntag. Um 3 Uhr tritt die Greenwicher Zeit wieder in Kraft.

Furtwängler dirigiert nicht in Prag. Wilhelm Furtwängler hat auf Grund der Zwischenfälle und Rundgebungen gegen deutsche Kultur in letzter Zeit seine Aufgabe zu dem Koncert der Berliner Philharmonischen Orchesters, das am 9. Oktober in Prag stattfinden sollte, zurückgezogen.

Ein deutscher Professor an die Harvard-Universität berufen. Professor Dr. Otto Eidenberg aus Göttingen ist zum Professor der Physik an der Harvard-Universität nach Cambridge (Massachusetts) gewählt worden.

#### Aus den Ländern

Die Kommunisten fordern Auflösung des württembergischen Landtags. Die Kommunisten haben — so berichtet das Heilbrunner „Nedar-Echo“ — die sofortige Einberufung des Landtags beantragt. Der Landtagspräsident hat diesen Antrag zur Außerung den Fraktionellen zugestellt. Weiter haben die Kommunisten die Auflösung des Landtags beantragt.

Demokratische Abgabe in Sachsen. Der „Vossischen Zeitung“ zufolge haben in Sachsen die Demokraten die Einladung der Wirtschaftspartei zu Besprechungen über die geplante Rechtsregierung rundweg abgelehnt. Damit ist das Bemühen der Wirtschaftspartei, eine Regierung mit einem nationalsozialistischen Polizeiminister zu bilden, wohl gescheitert.

10 Prozent des Gehaltes für Gewerkschaften. Die Mitglieder des Hamburger Senats sind übereingekommen, bis auf weiteres 10 Prozent ihres Gehalts der Wohlfahrtsbehörde zu Zwecken der Gewerkschaftspflege zu überweisen.

Gegen den Anschluß von Mecklenburg-Strelitz an Preußen. Zu der Frage des Anschlusses von Mecklenburg-Strelitz an Preußen erklärte der Vorsitzende der Ortsgruppe Schöneberg des Verbandes für Handwerk und Gewerbe, Landtagsabgeordneter Merig, daß die deutschnationalen Kräfte die Ansicht vertreten, daß Mecklenburg-Strelitz seine Selbständigkeit erhalten könne, wenn nur die notwendigen Einsparungen im Etat vorgenommen würden. Außerdem hätten sich außer den 10 deutschnationalen Abgeordneten noch aus dem demokratischen Lager Dr. Gustav und der Abgeordnete Schneider zu dem ablehnenden Antrag gestellt, so daß damit das erforderliche Stimmendrittel gesichert sei, um den Anschluß zu verhindern.

#### Kurze Nachrichten

Zum russischen Botschafter in Berlin ist Leo Chintshuk ernannt worden.

Die Berliner Metallverhandlungen haben am Freitag den ganzen Tag über stattgefunden. Die Weiterverhandlung wurde auf den 9. Oktober vertagt.

Henry Ford wurde im Anschluß an die Grundsteinlegung zum Neubau der Ford-Fabrik in Köln im Rathaus von Oberbürgermeister Adenauer empfangen. Ford ließ dabei durch Reichsminister a. D. Albert, Mitglied des Aufsichtsrats der deutschen Niederlassung der Ford-Gesellschaft erklären, er sei der Ansicht, daß internationale Zusammenarbeit die wichtigste und beste Grundlage für die nationale Verständigung und den internationalen Frieden bilden. Ford dachte über die Zukunft Deutschlands sehr optimistisch und er sehe die augenblicklichen Schwierigkeiten nur als vorübergehend an.

Eine Verichtigung des Ingenieurs Dr. Dorisch. Die Meldung über Besedowskis Enthüllungen zu den angeblichen Hitler-Dokumenten war unter denjenigen Nationalsozialisten, die — nach Besedowski — mit Sowjetvertretern verhandelt hätten, auch der Ingenieur Dr. Dorisch (Berlin) genannt. Dieser erklärt nun: Es ist unwarhaft, daß ich mit den erwähnten Nationalsozialisten eine Zusammenkunft mit Sowjetvertretern gehabt habe. Wahr ist, daß ich niemals mit Sowjetfunktionären weder direkt noch indirekt etwas zu tun hatte.

Feierlichkeiten auf den Saargruben. Wie die Bergwerksdirektion der Saargruben mitteilt, wurden in diesem Monat drei Feierlichkeiten eingeleitet, da der Abfab der Saarkohle sich nicht gesteigert hat. So hat allein die von der Saarindustrie abgenommene Kohle sich um 2500 Tonnen im letzten Monat verringert.

Zeitungsbeschlagnahme in Wien. Die „Wiener Arbeiterzeitung“ wurde wegen eines Artikels über den neuen Innenminister, den Fürsten Starobinski, auf Grund des § 800 des Pressgesetzes (Verächtlichmachung von Regierungsorganen und staatlichen Einrichtungen) heute, Samstag, beschlagnahmt. Gestern nachmittag war gegen die „Wiener Allgemeine Zeitung“ und den „Abend“ in gleicher Art vorgegangen worden.

#### Kleine Chronik

„Graf Zeppelin“ flieg Freitag früh mit 84 Passagieren zu einer Charterfahrt in die Schweiz auf und landete gegen 13 Uhr wieder in Friedrichshafen. Am Sonntag finden zwei Landungsfahrten statt, und zwar nach Leipzig und Götting.

Ein Geisteskranker, der wirre Reden führte und gegen den Reichskanzler Drohungen ausstieß, wurde heute, Samstag früh gegen 4½ Uhr vor der Reichsanleihe in der Wilhelmstraße in Berlin verhaftet. Auf dem Polizeirevier erlitt er einen Tobsuchtsanfall und griff die Beamtinnen an. Es handelt sich um einen 33jährigen Kaufmann aus Rudow.

Bei der Durchfahrt des Schnellzuges 175, Friedrichshafen—Stuttgart, durch die Bahnhofsstation Ummendorf wurde eine schwere Waise, die Bahnarbeiter in das Gleis hineinragen hatten lassen, von der Lokomotive gerammt und weggeschleudert. Hierbei wurden zwei Arbeiter getötet und zwei weitere schwer verletzt. Die Lokomotive wurde beschädigt.

Auf dem Münchener Oktoberfest ereignete sich auf der Saale, fünfzehn ein schwerer Unfall. Ein Plantagenbesitzer aus Mozambique und der Kammermusiker der Münchener Staatstheater, Sporer, wurden von der Bahn herabgeschleudert und erheblich verletzt; noch 9 andere Personen trugen Verletzungen davon.

Im Zusammenhang mit einer Überprüfung der Verhältnisse beim städtischen Landwirtschaftsamt in Nürnberg, wurde gegen einige Beamte dieses Amtes dienstaufrichtliche Untersuchungen eingeleitet. Die Veranlassung hierzu gaben verdächtige dienstliche Unregelmäßigkeiten. Der Oberbürgermeister hat die vorläufige Dienstenthebung des Direktors des Landwirtschaftsamtes, Gert, und eines nachgeordneten Beamten verfügt.

Ein mit 70 bis 80 Personen besetzter Arbeiteromnibus, der bei Niedermörschen bei Kassel einem anderen Fahrzeuge ausweichen wollte, stürzte um und wurde vollständig zertrümmert. Sieben Personen wurden schwer, außerdem 35 Personen leicht verletzt. Die unverletzt gebliebenen Passagiere gingen nach dem Anblick gegen den Führer des Autobusses tätlich vor und verletzten auch ihn.

Der 15jährige Sohn des Lehrers in Bortel bei Stendal erschoss sich aus Angst vor der Benützung in Abwesenheit der Eltern.

Der Bürgermeister von Birgelen (Kreis Rheinsberg) ist unter dem Verdacht der Unterschlagung und Urkundenfälschung verhaftet worden.

Auf dem Londoner Hauptpostamt ist ein angeblich aus Island stammendes Paket, das in dem Regierungswiertel, in dem auch der Buckingham-Palast liegt, bestellt werden sollte, explodiert. Zwei Postbeamte wurden dabei verletzt. Die Ursache der Explosion ist noch völlig dunkel.

In Paris stießen auf dem Bahnhof St. Lazare zwei Personenzüge zusammen. Vier Tote und 30 Verletzte werden gemeldet.

# Badischer Teil

## Der Kampf der schweizerischen Ober- rheinschiffahrt gegen die Reichsbahn und den Hafen Kehl

Es wird uns geschrieben:

In der „Basler National-Zeitung“ Nr. 437 vom 28. Sept. 1930 ist auf Seite 3 ein Artikel erschienen „Der Kampf der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft gegen die schweizerische Rheinschiffahrt und den Hafen von Basel“, der die ganze tarifliche Entwicklungsgeschichte auf den Kopf stellt und der einer Berichtigung bedarf.

Nicht die Reichsbahn hat der schweizerischen Rheinschiffahrt den Fehdehandschuh zugeworfen, sondern umgekehrt die Schiffahrt hat trotz der auch im Artikel betonten abwartenden und rüchrichtnehmenden Haltung der Reichsbahn zu Anfang des Jahres einen groß angelegten Werbefeldzug gegen die Reichsbahn eingeleitet und das bisherige Frachtverhältnis, das für sie ohnehin schon günstig war, einseitig verändert, indem sie ihre Getreidefrachten von 5,50 auf 4,60 Franken und noch weiter herabsetzte. In ihren Werbefeldzügen hat sie die einseitig geknickten Frachten den bestehenden Reichsbahnfrachten ausdrücklich gegenübergestellt und erfuhr, ihr den Verkehr über Basel zu übergeben. Seit April bis zum Erscheinen der deutschen Auslobungsverfügung Mitte September 1930 konnte sie tatsächlich der Reichsbahn und dem Hafen Kehl so etwa 40 000 Tonnen Getreide wegziehen. Die Initiative lag sonach keineswegs bei der Reichsbahn. Diese hat vielmehr den ihr zugeworfenen Fehdehandschuh lediglich aufgenommen, und das nur in einer außerordentlich rüchrichtsbollen Weise, indem sie nicht nur jede Unterbietung, wie sie die Schiffahrt wählte, vermindert, sondern mit der Untertrennung ihres Auslobungsmaßes noch 10 Prozent über dem niedrigsten Schiffsangebot blieb und zudem noch den Hauptübergangspunkt Basel vorerst nicht einbezog. Nicht die Reichsbahn hat also die Tariflage verändert, sondern hat sich entschlossen, lediglich der Schiffahrt nachzufolgen. Dieses doch jeder Initiative abholde Nachziehen versuchten nun die schweizerischen Schiffahrtstreife als Dumping der Reichsbahn hinzustellen. Die Enttäuschung über den Widerstand der Reichsbahn und das Versagen ihres Werbefeldzuges mag für sie schmerzhaft sein, aber sie haben sich zu weit vorgewagt und ihre eigene Tarifkraft überschätzt.

Niemand in Deutschland, auch die Reichsbahn nicht, will die Schiffahrt nach Basel behindern, ob sie aber einer kürzeren Eisenbahnstrecke gegenüber wirtschaftlich sein wird, das ist und bleibt eine andere Frage. Sachverständigen ist wohl bekannt, daß die Selbstkosten der leistungsfähigen Reichsbahnstrecken erheblich unter jenen der Schiffahrt zwischen Kehl und Basel liegen. Dieser Selbstkostenvergleich ist rein wirtschaftlicher Natur und hat mit Politik an sich nichts zu tun. Diese dürfte in die rein wirtschaftlichen Frachtpreisfragen nur insoweit hineinspielen, als die schweizerische Rheinschiffahrt nach Basel auf Subventionen der nordwestlichen Kantone angewiesen ist. Die Kernfrage aber, ob die Rhein- und Kanalschiffahrt südlich Strahburg/Kehl nach Basel billiger arbeiten kann, als die leistungsfähigen Eisenbahnen, kann nur von wirtschaftlichen, nicht von politischen Gesichtspunkten aus beurteilt werden.

### Das Kraftwerk Albrun-Dogern

Um den Bau des Kraftwerkes Albrun-Dogern zu ermöglichen, ist man gegenwärtig mit der Verlegung des Flußbedens der Alb beschäftigt, deren Mündung etwa 7-800 Meter weit von der jetzigen Verlegt wird. Tag und Nacht sind Digger mit dem Aushub der Erdmassen für das neue Flußbett beschäftigt. Auch die alte Straße nach Dogern wird neugelegt, da diese später in das Überflutungsgebiet fällt.

### Der Verkehrsverband für die Kraichgaubahn

Hielt am Donnerstag im Rathausaal in Bretten unter dem Vorsitz des Landrats Groß seine Vollversammlung ab; als Gäste waren u. a. erschienen der frühere Vorsitzende, Polizeidirektor Dr. Pfister, Forstheim, und der frühere technische Berater, Oberbürgermeister Dr. Günnewein, Schweningen. Die Verhandlungen erhielten ein besonderes Gepräge durch die Tatsache, daß die Kraichgaubahn in diesem Monat auf ein fünfjähriges Bestehen zurückblickt. Der Vorsitzende würdigte diesen Umstand zu Beginn der Verhandlung. Es kam das Bedauern der zahlreich besuchten Versammlung zum Ausdruck, daß die Reichsbahndirektionen Karlsruhe und Stuttgart den an sie ergangenen Einladungen keine Folge geleistet hatten.

An die Befragung des Tätigkeits- und Rechenschaftsberichts durch den Vorsitzenden schloß sich eine lebhafte Aussprache, an der sich insbesondere die Bürgermeister Schemenau, Bretten, Stadtrat Lang, Karlsruhe, Verkehrsreferent Lacher, Karlsruhe, Oberstadtssekretär Herzer, Bruchsal, Kommerzienrat Steller, Heilbronn, und Bürgermeister Himmel, Sulzfeld, beteiligten. Man war sich einig über die Richtlinien und Wünsche, welche bezüglich des Fern- und Nahverkehrs zu vertreten sind; der Gedanke, der Organisation eine breitere Basis zu geben, wurde erörtert. Die Rechnungsprüfung führte zur Erteilung der Entlastung. Die von Oberstadtsdirektor Dr. Kunzweiler, Freiburg, im Auftrag des Verbandes verfaßte Denkschrift fand nach Inhalt und Form allgemeine Zustimmung, über ihre Verteilung wurde Beschluß gefaßt. An die Verhandlungen schloß sich ein gemeinsames Mittagessen, bei dem in erster und heiterer Rede der Bedeutung des Tages für den Kraichgau gedacht wurde.

**Waagen aller Art**  
liefert:  
**FRIEDRICH LANG, Waagenfabrik**  
Stuttgart - Cannstatt 3

## Gemeinderundschau

### Bürgermeisterversammlung in Karlsruhe

Am 2. Oktober fand im Bezirksratsaal in Karlsruhe unter Leitung des Landrats Dr. Baur eine Versammlung der Bürgermeister des Amtsbezirks Karlsruhe statt, in der zunächst der Landrat einen eingehenden Vortrag über die technische Durchführung der **Gemeinde-, Kreis- und Bezirksratswahlen** am 16. November 1930 hielt. Durch geeignete Fragestellung aus der Mitte der Versammlung wurden die Schwierigkeiten, die die Durchführung bietet, wesentlich geklärt. Sodann behandelte Verwaltungsoberinspektor G. Feh die Vermittlung über die Maßnahmen zur Erhaltung geschichtlich wertvoller **Archivalien** und erläuterte die Gemeindegeldordnung.

Oberregierungsbaumeister Walter, Mitglied der Wasser- und Straßenbaudirektion, verbreitete sich eingehend über das Wesen der **topographischen Grundkarte Badens** im Maßstab 1:5000 und die quadratische Katasterkarte 1:2000. Der Badische Landtag hat die Durchführung der topographischen Grundkarte 1:5000 für das badische Land im Jahre 1928 gutgeheißen. Die hierfür vom Landtag bewilligten jährlichen Mittel sollen in der Weise verwendet werden, daß die Kartenherstellung jeweils nur auf Antrag stattfindet, und daß die Antragsteller (Gemeinden) selbst 50 Proz. der Kosten übernehmen. In der Regel soll nur die ganze Gemarkung neu vermessen werden. Die Herstellung der Pläne 1:2000 wird bei veralteten Katasterverwerken kostenlos von der Staatsverwaltung übernommen und in einer Fertigung beim Grundbuchamt der Gemeinde aufgelegt. Weitere Fertigungen können allgemein zum Preise von 3 M für je einen Plan käuflich erworben werden. Der Verkaufspreis der topographischen Karte 1:5000 beträgt 8 M für den zweifarbigen Druck, wobei die Gemeinden zum halben Preis bis zu 5 Gemarkungen jeden Blattes erwerben können, welches Teile ihrer Gemarkung enthält, an deren topographischen Vermessung sie die Hälfte getragen haben.

Der Direktor des Arbeitsamts, Oberregierungsrat Dentinger (Karlsruhe), und der stellv. Direktor, Regierungsrat Häfner, besprachen eingehend die Vorschriften des Gesetzes über die **Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung**, insbesondere die neuen Bestimmungen, die die Notverordnung vom 26. Juli 1930 gebracht hat, und forderten die Bürgermeister zur tätigen Mitwirkung bei der Durchführung auf, um die noch bestehenden Mängelheiten und Mißbräuche im Interesse der Betroffenen selbst zu beheben.

Weiter wurde den Bürgermeistern mitgeteilt, daß für Durchführung von **Kulturbauunternehmungen**, die beim Kulturbauamt möglichst bald angemeldet werden müssen, staatliche Mittel zur Gewährung von Darlehen an die Gemeinden zu einem Zinsfuß von 4% mit Heimzahlungsfrist bis 1945 zur Verfügung stehen.

Behandelt wurden weiter die Fragen der **Wohlfahrts-erwerbslosenfürsorge**, namentlich der Fürsorge für jugendliche Erwerbslose. Ebenso bildete die Armenfürsorge der Gemeinde einen Gegenstand der Erörterung.

Regierungsrat Goldschmidt erläuterte eingehend das neue **Gaststättengesetz** vom 28. April 1930.

Zum Schluß forderte der Landrat die Bürgermeister zur Unterstützung der Durchführung der **Radiumbände** des badischen Volkes zur Bekämpfung des Krebses auf. Zu diesem Zwecke findet am Sonntag, den 9. November 1930, eine öffentliche Straßensammlung und in der anschließenden Woche eine Hausammlung statt.

Das neue **Mannheimer Stadtgebiet**. Die Vereinigung der 8 abgeordneten Gemarkungen Kirchgartshafen, Sandhof u. Strahlenheim mit Mannheim und die Eingemeindungen von Seddenheim und Friedrichsfeld bringen Mannheim einen Bevölkerungszuwachs von nahezu 12 000 Einw. und einen Gebietszuwachs von 3066 Hektar (= 27 Proz.). Heute beträgt die fortgeschriebene Einwohnerzahl von Mannheim rund 271 000 und das Gemarkungsgebiet umfaßt 14 869 Hektar (= 144 Quadratkilometer). Mannheim ist jetzt an Einwohnerzahl an die 23. Stelle unter den Städten des Deutschen Reiches gerückt.

Der **Boranschlag der Stadt Kehl** für 1930/31 wurde vom Gemeinderat in seiner letzten Sitzung fertiggestellt. Die Ausgaben sind vom Rechnungsamt auf 1 763 968 M, die Einnahmen auf 1 176 125 M festgestellt worden, so daß ein ungedeckter Aufwand von 587 843 M zu deden ist. Bei Beibehaltung der Umlagesätze des Vorjahres entfiel ein Fehlbetrag von 42 833 M. Es wurden deshalb Abschreibungen vorgenommen, so daß man mit der bisherigen Umlage ausreicht. Trotzdem soll in der nächsten Gemeinderatsitzung geprüft werden, ob nicht durch Einführung der erhöhten Biersteuer bzw. der Bürgersteuer, die Umlagesätze gesenkt werden können.

### Aus der Landeshauptstadt

**Bildhauer Hermann Jörß**. In Bad Nauheim, wo er seit langem einem Leiden suchte, ist im Alter von erst 51 Jahren Bildhauer Hermann Jörß gestorben. Jörß hatte vor dem Kriege ein selbständiges Atelier in Karlsruhe, war von 1919 an drei Jahre lang als Lehrer an der Kunstgewerbeschule in Forstheim tätig und lehrte dann nach Karlsruhe zurück. In den letzten Jahren waren ihm Entwurf und Ausführung verschiedener Denkmäler an die Gefallenen von 1914/18 übertragen worden.

**Ergebnis der Sammlung des Kornblumentages**. Die vom Bad. Kriegerbund am Kornblumentag für das Kriegererholungsheim in Baden veranstaltete Sammlung hat 47 486 Reichsmark ergeben, angesichts der allgemein schwierigen Wirtschaftslage ein sehr erheblicher Erfolg. Nach Abzug der Unkosten in Höhe von 8977 M, verbleibt ein Reinertrag von 38 509 M, so daß nunmehr der Fonds für das Erholungsheim sich auf 41 224 M stellt.

**Auswärtiger Auftrag an Karlsruher Architekten**. Wie wir erfahren, ist dem hiesigen Architekten, Regierungsbaumeister Dr.-Ing. E. Wagenmann, der Entwurf und die Bauleitung für den Neubau des Korporationshauses der Akademischen Verbindung Caro-Thuringia in Halle a. S. übertragen worden.

**Colosseumtheater**. Das Gastspiel der fabelhaften Bühnenschauspieler **„Praktisches Kaleidoskop“** bringt außer den jeden Abend stattfindenden Vorstellungen am kommenden Sonntag zwei Aufführungen, und zwar nachmittags 3½ und abends 8 Uhr. Die Nachmittagsvorstellung wird mit Vorliebe von dem auswärtigen Publikum besucht, und es werden deshalb die auswärtigen wohnenden Besucher auf diese Fremdenvorstellung besonders hingewiesen. Das Praktische Kaleidoskop, nicht umsonst eine Bühnenschauspieler von sinnbetreuendem Akribismus genannt, hat seinen Weltraum auch in Karlsruhe gefestigt, und der Abend für Abend nicht endenwollende Beifall ist das beste Zeichen für die unerhörten und fabelhaften Leistungen dieser Künstlergattung. Alles in allem ein Oktoberprogramm, wie es sich das Publikum nicht besser wünschen kann.

**Klavierabend Otto Sonnen**. Kommen Dienstag, den 7. Oktober, findet im Bürgerloale des Rathauses der erste Klavierabend dieser Konzertsaison statt. Der Stuttgarter Pianist Otto Sonnen, ein Schüler Max Bauers, der trotz seiner Jugend schon auf eine langjährige Konzerttätigkeit zurückblickt und namentlich als Schumann-Spieler größte Erfolge erzielt hat, wird sich an diesem Tage zum ersten Male dem Karlsruher Publikum vorstellen. Otto Sonnen wird an den Karlsruher Abend in Frankfurt, Köln, Leipzig, Coburg und Jülich Klavierabende anschließen und in Berlin mit dem Berliner Symphoniorchester das C-Dur-Konzert von Beethoven spielen. Die Vorbereitung des Karlsruher Konzerts liegt in den Händen der Konzertdirektion Kurt Neufeldt, wo der Vorverkauf begonnen hat. Eine zweite Vorverkaufsstelle wurde in der Buchhandlung Bielefeld, Marktplatz, Ecke Kaiserstraße, eingerichtet.

**Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe**. Der hohe Druck hat gestern seine größte Mächtigkeit erreicht. Heute morgen ist er unter dem Einfluß der atlantischen Störung schon sehr abgebaut. Wir müssen daher mit Verschlechterung rechnen. **Vorhersage**: Wolkig mit strichweisem Regen, westliche Luftzufuhr, tagsüber mild.

### Kurze Nachrichten aus Baden

**Bruchsal, 3. Okt.** Der Bürgermeister und Landwirt Goh von Brechingen wollte seine scheinverwundeten Tiere beruhigen. Dabei kam er zu Fall und wurde von seinem eigenen Fuhrwerk überfahren. Die Verletzungen waren so schwer, daß Goh bald nach dem Unglück starb.

**Forstheim, 4. Okt.** Wie in jedem Späthjahr, so vereinigen sich auch dieses Jahr am 28. September die Mitglieder der **Fledermausgenossenschaft Forstheim** unter Leitung ihres Vorsitzenden, Polizeidirektors Dr. Pfister (Forstheim), zu einer Genossenschaftsversammlung in Seinegg. Es wurden mehrere interessante Fachvorträge gehalten. Die Jungvögeljahre in Tiefenbrunn soll nächstes Frühjahr eröffnet werden. Die bei der letzten Zuchtvielschau in Neuhausen zuerkannten Preise wurden verteilt.

**Bruchsal, 3. Okt.** Die Polizei nahm dieser Tage einen Angehörigen des französischen Heeres fest, der von seinem Truppenteil desertiert war und sich in der Gegend umhertrieb.

**Gernsbach i. M., 4. Okt.** Auf der Landstraße Gernsbach-Loffenau fuhr, anscheinend infolge Verlassens der Steuerung, ein **Kaustauto** der Karlsruher Brauerei Rominger die Böschung herab und überschlug sich. Dabei wurde einer der beiden Fahrer getötet und der Begleitmann schwer verletzt. Zwei weitere Mitfahrende aus Loffenau wurden auf die Fahrbahn geworfen, kamen aber mit dem Schrecken davon.

**Baden-Baden, 4. Okt.** Gestern nachmittag halgten sich **Schulungen** auf dem Bürgersteig der Sofienstraße. Dabei warf einer der Spielenden den 10 Jahre alten Sohn des Hotelportiers Göhrich von dem Bürgersteig auf die Straße unmittelbar vor ein anstehendes Kaustauto. Der Junge wurde überfahren und war sofort tot. Tragisch ist bei diesem Fall noch, daß bereits voriges Jahr das acht Jahre alte Söhnchen desselben Vaters tödlich überfahren worden ist.

**Allerheiligen, 3. Okt.** Die **Totengedenkfeier** des Badischen Schwarzwaldbereins, die alljährlich am Gedenktage des Vereins in Allerheiligen stattfindet, ist auf Sonntag, den 26. Oktober, festgesetzt worden. Eine große Zahl der Orts- und Bezirksgruppen des Badischen Schwarzwaldbereins unternimmt an diesem Tage Mitgliederwanderungen nach Allerheiligen.

**Offenburg, 3. Okt.** Wie erinnertlich, war vor einigen Wochen in Elm (Amt Oberkirch) der 13 Jahre alte Otto Lienhard durch fahrlässiges Schantieren mit einem Revolver getötet worden und seine Leiche in einen Sack mit Steinen beschwert in den Urhein geworfen worden. Der unglückliche Schütze, der minderjährige Wilhelm Friedmann, erhielt wegen fahrlässiger Tötung vom Jugendgericht Bühl einen Monat Gefängnis. Der 18 Jahre alte Dienstknecht Erwin Örtle, der die Leiche beschwerte, wurde wegen dieser Missetat vom Jugendgericht Offenburg zur höchst zulässigen Strafe von sechs Wochen Haft verurteilt.

### Handel und Wirtschaft

#### Berliner Devisennotierungen

	4. Oktober		3. Oktober	
	Gold	Devisen	Gold	Devisen
Amsterdam 100 G.	169.26	169.60	169.27	169.61
Kopenhagen 100 Kr.	112.35	112.57	112.31	112.53
Italien . . . 100 L.	21.98	22.02	21.975	22.015
London . . . 1 Pfd.	20.395	20.435	20.395	20.435
New York . . . 1 D.	4.1970	4.2015	4.1970	4.2015
Paris . . . 100 Fr.	16.465	16.505	16.465	16.505
Schweiz . . . 100 Fr.	81.465	81.625	81.46	81.62
Wien 100 Schilling	59.21	59.33	59.255	59.375
Prag . . . 100 Kr.	12.457	12.477	12.457	12.477

**Von der Handelskammer Mannheim**. Die Vollversammlung der Handelskammer für den Kreis Mannheim eröffnete der Vorsitzende mit einem Überblick über die wenig erfreuliche Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse innerhalb der letzten Monate, die die Aussichten für den Winter als recht trübe erscheinen ließen. Die immer noch steigenden Erwerbslosenziffern erschwerten die Haushaltsführung der Gemeinden, zumal das Ziel der Notverordnung vom Juli d. J., das Gleichgewicht der öffentlichen Finanzen herzustellen, nicht erreicht worden sei. Die neuen Pläne der Regierung brachten eine weitere erhebliche Belastung der Wirtschaft. Zur Agrarpolitik bemerkte der Vorsitzende, die Interessen von Handel und Industrie dürften nicht hinter die der Landwirtschaft zurückgesetzt werden. Zusammenfassend betonte der Redner, daß man trotz der gegenwärtig außerordentlich ernsten Lage die Hoffnung auf eine Besserung nicht aufgeben dürfe.

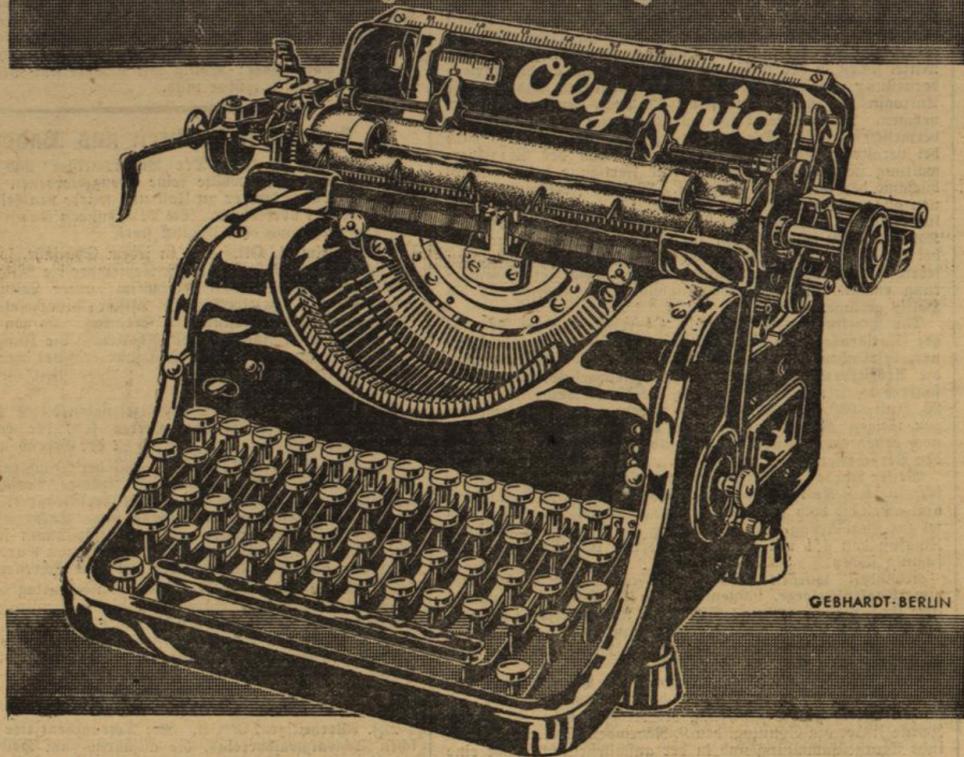
### Notstandsarbeiten

sollte jetzt jede Gemeinde vorbereiten.  
**Beratungen, Kostenüberschläge unentgeltlich**  
**Bauleitungen - Finanzierung**  
**Techn. Gemeindebüro**  
Inh. Reg.-Baurat a. D. O. Kohler  
Telefon 2650 Heidelberg Zähringerstr. 38

**Carl August Nieten & Co.**  
Kohlenhandels-gesellschaft  
Kaiserstraße 148, II.  
Tel. Nr. 5164, 5165, 5506

**Kohlen · Roks · Briketts · Brennholz**

# Olympia



Olympia · Korrespondenz · Schreibmaschine  
Buchungsmaschine mit Rechenwerk »Saldomat«

EUROPA SCHREIBMASCHINEN A.G.

MANNHEIM

Q 7, 23  
Fernsprecher:  
Mannheim 28723/28887

Verlangen Sie von unserem nächsten Büro Aufgabe des für Sie zuständigen Bezirksvertreters.

BUROS:

BERLIN N 24, Friedrichstr. 110-112 (Haus der Technik); BRESLAU, Kaiser-Wilhelm-Str. 88-90; DORTMUND, Südwall 29; DRESDEN, Neustädter Markt 11; DUSSELDORF, Wilhelmplatz 12; ERFURT, Mainzerhofplatz 13; FRANKFURT a.M., Friedenstr. 2; HAMBURG, Kaiser-Wilhelm-Str. 25-31; HANNOVER, Am Schiffgraben 15; KÖLN, Weißburgstr. 78 (Ecke Reichenspergerplatz); LEIPZIG, Nicolaisstr. 10, II; MAGDEBURG, Otto von Guericke-Str. 11; MANNHEIM, Q 7, 23; MÜNCHEN, Kaufinger Str. 3 (Roman Mayrhaus); NÜRNBERG, Lorenzer Platz 12, III; STUTTGART, Tübinger Str. 33

## Städt. Ausstellungshalle Karlsruhe

### AUSSTELLUNG

Jeder Besucher erhält eine Tasse Kaffee, oder Tee, oder Kakao, oder ein Glas Milch oder Joghurt, oder zwei Käsebröte oder Pudding.



Die Hauswirtschaft

Vom 27. September bis 5. Oktober

Geffnet von morgens 10 bis abends 9 Uhr  
Erwachsene 40 Rpf.  
Kinder und Erwerbslose 25 Rpf.

## Badische Bank

Mannheim — Karlsruhe  
Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen

## Formulare

und sämtliche Drucksachen für Behörden liefert prompt und preiswert

G. Braun G.m.b.H.

vormals G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag  
Karlsruhe  
Karl-Friedrich-Str. 14-18  
Telephon 952-54

# Leipziger Lebensversicherung

1830-1930



Generalagentur Karlsruhe:  
Ludwig Homburger, Karlsruhe  
Hinkel 20. Fernruf 1836

Die vollkommen unabhängige konzernfreie Speziallebensversicherung

Druck G. Braun, Karlsruhe

Fabrikhallen, Lagerschuppen, Autogaragen, Wochenendhäuser etc.

in moderner zerlegbarer Eisen-Beton-Bauweise billigst ab Lager lieferbar. Geeignete branchekundige Herren als

Vertreter

gesucht. R. 604

Christmann & Co., Wiesenbach 56, Kreis Biedenkopf.

Rathausaal

Dienstag 7. Okt., 20 Uhr 610

Klavier-Abend

OTTO SONNEN

aus Stuttgart

SCHUMANN: Novellente F-Dur, Kreisleriana, Kinderszenen, C-Dur-Fantasie

Karten zu 4, 3, 2 u. 1 RM. (für Kammermusikabonnenten, Studierende und Schüler 50% ermäßigt), bei Kurt Neufeldt, Waldstraße 1 und bei J. Bielefeld, Marktplatz

Die Deutsche Michelin Pneumatik AG., Karlsruhe, beabsichtigt, auf dem Anwesen Vogesenstraße 4, hier, Benzin bis zu 60 000 Liter in 6 unterirdischen Lagerbehältern dauernd zu lagern. D. 3. 59

Etwasige Einwendungen gegen die beabsichtigte Lagerung sind binnen 14 Tagen, vom Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung an gerechnet, schriftlich oder mündlich zu Protokoll beim Bezirksamt oder beim Herrn Oberbürgermeister hier anzubringen, widrigenfalls alle nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhenden Einwendungen als verjährt gelten. Gesuch und Pläne liegen während dieser Zeit auf dem Rathaus, Zimmer 123, zur Einsichtnahme offen. Karlsruhe, den 30. Sept. 1930. D. 934  
Bad. Bezirksamt — Polizeidirektion B.

Neueinteilung von Grundstücken im Gewann Schöne der Gemarkung Lobnau (Schopfheim).

Das Staatsministerium hat mit Entschliessung vom 11. September 1930 Nr. 9903 ausgesprochen, daß die Eigentümer der Grundstücke Lgb. Nr. 312/1 und 316/2 der Gemarkung Lobnau verbunden sind, an der Neueinteilung der Grundstücke im Gewann Schöne der Gemarkung Lobnau nach Maßgabe des Planes des Gemeinderats vom 22. März 1929 teilzunehmen. D. 930

Schopfheim, den 1. Oktober 1930.  
Badisches Bezirksamt.



Badisches Landes-Theater

Sonntag, 5. Oktober 1930

\*G. 3. Th.-Gem. 1101-1200

Lauhäuser

Von Wagner

Dirigent: Krüps

Regie: Pfeufcha

Mitwirkende:

Blant, Fanz, Fischbach, Jant, Reich-Dorrich, Winter, Silgradt, Hofpach, Kiefer, Rentwig, Derner, Schoepflin, Schuster, Strad. Anfang 19 Ende 23 Preise D (1-8 RM)

Montag, 6. Oktober 1930

\*C 3. Th.-Gem. 1201-1300

Waffenspi

Schauspiel von Kaiser

Regie: Raumbach

Mitwirkende:

Emarh, Frauendorfer, Genter, Seiling, Brand, Gemmecke, Graf, Herz, Hiel, Hofpach, O. Kienischer, Kuhne, Mehner, Prüter, Schulze, S. Kienischer, Luther. Anfang 20 Ende 22 Preise A (0,70-5 RM)

Di., 7. Okt.: Jaskaff.

Bekanntmachungen.

In der Nachlasssache auf Ableben des Reisenden Andreas Dres in Karlsruhe († 15. 8. 30) ist die Nachlassverwaltung angeordnet. D. 931

Im Städt. Konzerthaus

\*Sonntag, 5. Oktober 1930

Zum erstenmal

Wann kommst du wieder?

Lustspiel von Maugham

Regie: b. d. Trend

Mitwirkende:

Frauendorfer, Genter, Hoff, Mademacher, Seiling, Höder, Kloebe, Kuhne Mehner, Müller.

Anfang 19 1/2 Ende 22

I. Parquet 3 RM



Für das direkte Auskunfts-System

445 bietet unter Wert große Vorteile. Rápere Aufführung u. Prospekt gratis.

Durlach. D. 932

Güterrechtsregister. Eingetragen am 26. September 1930: Rüggeberg, Hugo, Kraftfahrer in Durlach und Luise geb. Karst.

Vertrag vom 13. August 1930: Gütertrennung. Amtsgericht.

Zum Nachlassverwalter ist Richterrevisor Johann Rist in Karlsruhe, Hans-Thoma-Str. 5, ernannt. Karlsruhe, 2. Okt. 1930. Bad. Notariat II

als Nachlassgericht.

510